



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at **Steirische Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzung vom 16.10 und 13.11.2012

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## Neues Budget bringt mehr Armut im Land

**Klimt-Weithaler (KPÖ): Selbst ernannte Reformpartner sind Totengräber des Sozialstaates**

*Trotz aller Bemühungen von Soziallandesrat Schrittwieser, die neuerlichen Kürzungen in seinem Ressort als harmlose und sozial ausgewogene Maßnahmen darzustellen, werden nach den drastischen Kürzungen des Vorjahres vor allem im Behinderten- und Jugendwohlfahrtsbereich erneut 17,5 Mio. Euro gestrichen.*

nahmen in der Höhe von ca. 40 Mio. Euro im Jahr verzichtet. Dafür werden Menschen mit kleinem Einkommen in die Armut gedrängt, etwa durch die Kürzungen bei der Wohnbeihilfe oder den Pflegeregress. Durch die Gleichschaltung von SPÖ und ÖVP kann nur der entschlossene Widerstand der Betroffenen noch etwas an dieser Politik ändern.

### Kürzen löst Probleme nicht

Klar ist, die Kürzungen, mit denen die selbst ernannten „Reformpartner“ den von ihnen selbst angehäuften Schuldenberg abtragen wollen, die verschärfen die sozialen Probleme.

„Die Folgekosten des Kahl-schlags im Sozialbereich steigen stark an, zum Beispiel in der Jugendwohlfahrt. Der Schuldenstand des Landes wächst trotz der drastischen Kürzungen. Selbst wenn das Land alle Krankenhäuser verkauft und alle Schulen schließt, sitzen wir noch immer auf einem riesigen Schuldenberg. Diese Politik ist ungeeignet, um das Schuldenproblem zu lösen. Der Sozialstaat wird zerschlagen, damit die Gewinne der Banken finanziert werden können, aber die Schulden bleiben“, betont die KPÖ-Abgeordnete.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Budgetpolitik der Landes-



regierung ist eine Bankrotterklärung. Der Bevölkerung werden riesige Belastungen abverlangt, um die Banken zu finanzieren, die ohnehin schon Milliarden-geschenke aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Politik darf nicht alles, was die Bevölkerung erwirtschaftet, auf den Altären der Finanzmärkte opfern. Das erzeugt Armut und Hoffnungslosigkeit, verschafft den öffentlichen Haushalten aber auch langfristig keinen Spielraum.“

### Steigende Armut im Land

Mit Betroffenheit reagierten die steirischen Medien auf die Veröffentlichung des jüngsten Armutsberichts des steirischen Sozialressorts am 2. Oktober. Von 160.000 Menschen, die akut armutsgefährdet sind, ist dort zu lesen. Was dabei vielfach übersehen wur-

de, ist das Alter des Zahlenmaterials: Dieses stammt aus dem Jahr 2010 und davor – die Folgen des verheerenden Doppelbudgets 2011/2012 werden also ausgeklammert. Darauf wies KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hin.

„Besonders hart wurden Menschen getroffen, die auf Wohnbeihilfe angewiesen sind. Durch die gravierenden Kürzungen beim Betriebskostenzuschuss und die fehlende Angleichung an die Teuerung haben tausende Steirerinnen und Steirer im vergangenen Jahr so viel Geld verloren, dass sie sich im Winter die Frage stellen müssen: warm oder satt? Die von der Landesregierung veröffentlichten Zahlen sind alarmierend, allerdings ist die Lage inzwischen weit schlimmer geworden“, so die KPÖ-Abgeordnete.

**Gut für Graz. Elke Kahr.**

Am 25. November



**Elke Kahr. KPÖ Liste 5**



**Misstände im Sozial- und Gesundheitsressort****Volksanwaltschaft sagt:  
„Vollzugschaos“ und  
„generelle Verweigerung  
von Hilfen“**

*Kritik übt der jüngste Bericht der Volksanwaltschaft an der steirischen Landesregierung. In zahlreichen Beispielen wird aufgezeigt, welche Mängel die Sozialgesetzgebung in der Steiermark aufweist, auf die auch die KPÖ immer wieder hinweist. Die KPÖ hat deshalb in der Landtagssitzung am 13. November 2012 insgesamt 54 Fragen an Den Soziallandesrat bzw. die Gesundheitslandesrätin gerichtet.*

Die Beantwortung der Fragen durch LH-Stv. Schrittwieser, der auch die zum Zeitpunkt der Dringlichen Anfrage entschuldigte Landesrätin Edlinger-Ploder vertrat, fiel aus Sicht der KPÖ-Abgeordneten enttäuschend aus. „LR Schrittwieser weigert sich, die von der Volksanwaltschaft erhobenen Vorwürfe auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Probleme werden aber nicht gelöst, indem man sie leugnet“, so die Klubobfrau der KPÖ, Claudia Klimt-Weithaler.

Aus dem Bericht zitierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler den Fall einer Pensionistin, die durch die Einführung der Mindestsicherung keinerlei Unterstützung mehr bekommt und finanziell vollkommen von ihrem Sohn abhängig ist. Ein arbeitsloser Grazer bekam keine Unterstützung, weil er das Einkommen seiner Eltern nicht nachweisen konnte. Dass der Kontakt vor vielen Jahren abgebrochen war,

interessierte niemanden. Noch schlimmer: Einer Frau, die vor ihrem gewalttätigen Mann ins Frauenhaus flüchtete, wurde Unterstützung verweigert, weil sie nicht bereit war, ihren Mann auf Unterhalt zu klagen.

Auch der Pflegeregress wird im Bericht mehrfach thematisiert. Erst vor kurzem hat auch der UVS dem Höchstgericht nahegelegt, das betreffende Gesetz zu ändern, da Teile davon verfassungswidrig seien. Die Volksanwaltschaft spricht in diesem Zusammenhang von einem „Vollzugschaos“. Neben der **langen Verfahrensdauer** bei Anträgen auf Mindestsicherung wird von der VA weiters das **Nichtausstellen von Bescheiden** kritisiert – dadurch können Betroffene nicht berufen und haben keine Möglichkeit, zu ihrem Recht zu kommen. Hier spricht die Volksanwaltschaft von der **generellen Verweigerung von Hilfen in besonderen Lebenslagen**.

Zu massiven Verschlechterungen ist es besonders für Menschen mit Behinderung gekommen, insbesondere bei Kindern mit schweren psychischen Behinderungen stellt die Volksanwaltschaft „schwere Versorgungslücken“ fest.

**Wohnbau und Bildung:  
Feldzug gegen Familien****Auch 2013/2014 werden vor allem Familien  
zur Kasse gebeten**

*Die Budgets von LR Seitinger und LR Grossmann sind ein schwerer Schlag vor allem für die steirischen Familien. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zu den groben Kürzungen im Bildungs- und Wohnbaubereich.*

Eine Folge der Millionenkürzungen im Bereich des Wohnbaus und der Revitalisierungen ist die Verknappung von erschwinglichem Wohnraum, vor allem im schnell wachsenden Großraum Graz. Die Folge sind steigende Mieten und Wohnungsnot. Vor allem junge Familien haben immer größere Probleme, eine Wohnung zu finden, da die Einkommen mit dem wachsenden Druck durch Teuerung und steigende Gebühren nicht Schritt halten.

Äußerst kurzsichtig sind auch die Kürzungen im dem Bildungs-, Jugend- und Familienressort. Die bisher in dieser Periode angerichteten Flurschäden im Pflichtschulwesen sind noch gar nicht budgetwirksam, schon wird der nächste Kahlschlag vorbereitet. Die Einsparung von 23 Millionen Euro wird negative Folgen haben, deren Folgekosten weit über diesem Betrag liegen, warnt Klimt-Weithaler – und verweist darauf, dass noch im-

mer kein Bildungskonzept vorliegt, die gesamte Familien- und Bildungspolitik also ausschließlich nach Kostenkriterien gestaltet wird.

Klimt-Weithaler: „Erneut wird ein Kürzungspaket auf dem Rücken der Familien geschürt, der nächste Kahlschlag erfolgt im Bereich der Bildung und beim Wohnbau. Heute hören wir aus den Reihen der selbst genannten ‚Reformpartner‘, dass die Steierinnen und Steirer ‚nicht verhungern und nicht verdursten‘ müssen. Dass in einem Land, in dem ein Prozent mehr besitzt als alle arbeitenden Menschen zusammen, solche Worte zu hören sind, ist ein Skandal. Geld ist genug vorhanden. Es liegt an der herrschenden Politik zu entscheiden, ob damit ein gutes Bildungssystem und leistbare Wohnungen finanziert werden oder ob die Umverteilung zu den Banken und zu den oberen 10.000 fortgeführt wird.“

**Bergbahn verschenkt**

Ein Beispiel für schamlose Privatisierung haben SPÖ und ÖVP über die Bühne gebracht: Der Milliardär Androsch bekommt die Landesanteile am Schigebiet Loser um 1 Euro geschenkt – und verlangt noch weitere finanzielle Unterstützung vom Land. Die KPÖ hat nicht zugestimmt. LAbg. Murgg: „Zuerst wurden öffentliche Mittel investiert, und nun, wo das Land die Früchte ernten könnte, werden die Anteile verschenkt. So wird das Land schleichweise ruiniert.“

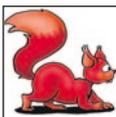
**Landesrechnungshof**

KPÖ-Kontrollsprecher (und Ausschussvorsitzender) LAbg. Werner Murgg setzt sich dafür ein, die Kompetenzen des Rechnungshofes auszuweiten: Gemeinden unter 10.000 Einwohner/innen sollen geprüft werden dürfen, auch der Rechnungsabschluss des Landes soll unter die Lupe genommen werden.

**Landesrätin versetzt 400 Leute**

Ungefähr 400 besorgte Bürgerinnen und Bürger haben an einer Protestversammlung in Voitsberg teilgenommen. Eigentlich war den Anwesenden zugesagt, eine Diskussion über die Zukunft der Geburtenstation im LKH Voitsberg verfolgen zu können. Ohne die Anwesenden, unter ihnen der Voitsberger Bürgermeister Ernst

Meixner und KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, zu informieren, wurde dieses Gespräch kurzfristig nach Graz verlegt. „Die Menschen haben ein Recht auf Mitsprache in einem so wichtigen Bereich und wollen wenigstens angehört werden. Wer das Gespräch verweigert, ist selten im Recht“, so die KPÖ-Abgeordnete.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

**Am 20.1.2013: Volksabstimmung über Wehrpflicht**

*Ich stimme für meinen Zivildienst*



Für Neutralität statt Euro-Armee

**KPÖ**  
wirkt

# KPÖ: Steirischen Pflegeregress nach UVS-Antrag endlich abschaffen!

## Betroffene brauchen keine „Maßnahmen“, sondern eine finanzielle Entlastung

Der Unabhängige Verwaltungssenat hat den Antrag an den Verfassungsgerichtshof gestellt, den nach der Landtagswahl 2010 von SPÖ und ÖVP eingeführten Pflegeregress als verfassungswidrig aufzuheben. Die KPÖ hat im Landtag wiederholt auf die Ungerechtigkeit der geltenden Regelungen hingewiesen. Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler sieht sich in ihrer Haltung bestätigt und hofft, dass das Höchstgericht dem Antrag des UVS folgt und den Pflegeregress kippt.

Konkret geht es um jene Bestimmungen im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz, welche die Aufwandsatzpflicht festlegen. Dort wird kein Unterschied gemacht, ob Regresspflichtige noch weitere Unterhaltspflichten haben. Je nach familiärer Situation kann es deshalb zu einer groben Ungleichbehandlung der Betroffenen kommen.

Laut Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) deckt der Pflegeregress weniger als 2 Prozent

der Kosten im Pflegebereich.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Bei ihrer Budget-Pressekonferenz am 11. Oktober hat Landesrätin Edlinger-Ploder davon gesprochen, dass der Pflegeregress eine ‚pädagogische Maßnahme‘ darstellt. Solche Aussagen kommen Personen, die mehr als 14.000 Euro im Monat verdienen, leicht über die Lippen. Die Betroffenen brauchen von der Politik aber keine Belehrungen, sondern einen finanzielle Entlastung.“*

Ausgelöst wurde die Normenkontrolle durch eine Flut von über 40 Berufungsverfahren, die einen weiteren Vollzug des geltenden Gesetzes als nicht mehr tragbar erscheinen lassen.

### Land bleibt vorerst untätig

In der Sitzung des Sozialausschusses am 30. Oktober setzen SPÖ und ÖVP auf eine weitere Verzögerung, während zahlreiche Betroffene weiterhin durch eine offenbar verfassungswidrige Regelung finanzi-

ell schwer belastet werden. Ein Antrag der KPÖ zum Regress wurde nicht einmal behandelt.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg kritisiert die Verzögerungstaktik des Landes: *„Ich hoffe natürlich, dass das Höchstgericht dem Antrag des UVS folgt. Bis dahin wäre das Land gut beraten, die mangelhaften Regelungen außer Kraft zu setzen. Heute wäre eine Reparatur möglich gewesen, diese wurde jedoch verweigert. Dass SPÖ und ÖVP wider besseres Wissen tausenden Steirerinnen und Steirern in die Tasche greifen, ist nicht hinnehmbar.“*

Murgg wies auch darauf hin, dass trotz einzuhaltender Fristen zahlreiche weitere Anträge teilweise seit Jahren unerledigt sind bzw. systematisch zwischen Unterausschüssen verschoben werden. Davon Betroffen sind vor allem Anträge der KPÖ. Alleine in der Sitzung des Sozialausschusses am 30. Oktober lagen acht dieser Stücke vor, darunter eines aus dem Jahr 2010.



LAbg. Werner Murgg: Land sollte mangelhafte Regelungen sofort außer Kraft setzen

### DOPPIK

Am 13. Nov. 2012 hat der Landtag die Einführung der so genannten Doppik im Landeshaushalt beschlossen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses im Landtag, warnt vor negativen Konsequenzen der Haushaltsreform: *„Mit den neuen Regelungen wird es weniger Transparenz geben, der Landtag wird praktisch entmündigt. Für Beratungsfirmen eröffnet sich ein lukratives Geschäftsfeld, dabei könnte das Geld andernorts wesentlich sinnvoller eingesetzt werden.“*

# Spielsucht: Land muss endlich Taten setzen!

## Trotz dramatischer Situation berufen Regierungsparteien Glücksspiel-Ausschuss nicht ein

In einer Pressekonferenz gaben der steirische Autor M.C. Lachmann und die Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag, Claudia Klimt-Weithaler, am 8. November einen Überblick über die aktuelle Situation der von Spielsucht betroffenen Menschen in unserem Bundesland.

Obwohl seit 2007 dem Land dramatische Zahlen zur Spielsuchtproblematik vorliegen, wurden weder beim Jugendschutz, noch bei der völlig unzureichenden Einhaltung der geltenden Gesetze zum Schutz der Spielsüchtigen Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: Während immer mehr Menschen ihre Existenz mit beim „Kleinen Glücksspiel“ vernichten, versuchen SPÖ und ÖVP, ihre eigene Verantwortung im Land herunterzuspielen.

Trotz zahlreicher Initiativen von der KPÖ bis hin

zu Parteitagebeschlüssen der SPÖ in der Steiermark und auf Bundesebene wurde bis heute nicht einmal der Glücksspiel-Unterausschuss des Landtages einberufen.

Der Krimiautor M.C. Lachmann, selbst ein Kenner der Glücksspielszene, schilderte in seiner Stellungnahme, wie leicht es den Glücksspielfirmen gemacht wird, auf Kosten von Spielsüchtigen Milliardenumsätze zu erzielen: *„Ich habe selbst gesehen, dass Menschen in 30 Minuten 5000 Euro verspielt haben. Mit ‚Kleinem Glücksspiel‘ hat das nichts mehr zu tun. Das Gesetz sieht eigentlich einen Höchsteinsatz von 50 Cent pro Spiel vor.“*

Klimt-Weithaler: *„Wir fordern SPÖ und ÖVP auf, endlich ihre Verantwortung wahrzunehmen und den Glücksspielausschuss einzuberufen. Das Land hat selbst einen Bericht in Auf-*



Der Autor M.C. Lachmann und LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

trag gegeben, in dem von 60.000 bis 80.000 direkt und indirekt Betroffenen in der Steiermark die Rede ist. Das sind alarmierende Zahlen, das Land müsste sofort handeln. Die Steiermark

hat die Möglichkeit, keine Lizenzen zu vergeben und den Spuk durch eine Überwachung der Einhaltung der Gesetz zu beenden. Offenbar besteht daran aber kein Interesse.“

# Gehaltserhöhung für Bürgermeister: Geld besser in Schulen investieren!

**Klimt-Weithaler (KPÖ): „Bei der Bevölkerung kürzt Politik, bei sich selbst teilt sie großzügig aus“**

Nicht nur Zwangsfusionen und die Auslöschung wichtiger Infrastruktur im ländlichen Raum sind Teil der von der SPÖ und ÖVP forcierten Gemeindereform. Auch eine kräftige Erhöhung der Gehälter der Gemeindepolitikerinnen und -politiker ist Teil dieser Pläne. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler am 11. November, nachdem diesbezügliche Pläne der „Reformpartner“ bekannt geworden waren.

Dabei geht es nicht nur um eine prozentuelle Erhöhung, sondern um ein neues Modell,

das noch mehr Geld als bisher in Richtung Politik umverteilt, während den Gemeinden immer weniger Mittel bleiben, um ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. Klimt-Weithaler schlägt vor, das für die Erhöhung der Bürgermeistergehälter vorgesehene Geld besser in die Schulen im ländlichen Raum zu investieren und von weiteren Schließungen Abstand zu nehmen. Das wäre im Interesse der Bevölkerung und der Zukunft der steirischen Gemeinden.

„Die Gemeindebediensteten und viele andere arbeitende Menschen bekommen Nulllohn-runden verordnet, während sich die Politik selbst mehr Geld genehmigt. So abgehoben können sich nur Leute benehmen, die

längst den Kontakt zur Realität der Bevölkerung verloren haben. Die Landesregierung schließt eine ländliche Schule nach der anderen, hier wäre das Geld sehr viel sinnvoller investiert! So bleibt der Eindruck, dass die Politik bei sich selbst aus dem Vollen schöpft, während bei der Bevölkerung gekürzt wird“, so Klimt-Weithaler.

Die Politikerbezüge sind in Österreich fürstlich. Ein Nationalratsabgeordneter bekommt 8.160 Euro, der steirische Landeshauptmann 15.504 Euro, ein Landtagsabgeordneter 5.304 Euro, brutto, 14 Mal im Jahr.



LABg. Klimt-Weithaler

Dazu kommt, dass die viele Gemeindepolitikerinnen und -politiker zusätzliche Einkünfte aus ihrem Beruf oder anderen Funktionen haben.

Die KPÖ tritt dafür ein, dass sich die Polit-Einkommen nicht von

einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen entfernen. Im Landtag möchte die KPÖ die Politikergehälter an den Ausgleichszulagenrichtsatz zu koppeln. Dieses Modell würde eine Reduktion um rund 30 Prozent bedeuten. Der Vorschlag ist bisher immer am Widerstand von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen gescheitert

## Umstrittene Kages-Beraterfirma erhält erneut 90.000 Euro

**LABg. Murgg (KPÖ): „LR Edlinger-Ploder hat Landtag falsch informiert“**

In der Landtagssitzung am 19. Juni leugnete Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder, dass bei wesentlichen gesundheitspolitischen Entscheidungen externe Beratungsfirmen eingebunden sind. Tatsächlich wurden seit 2009 mindestens 5,5 Mio. Euro für derartige Leistungen ausgegeben. Ein Regierungsdokument weist nun nach, dass erneut Gelder an die Beratungsfirma „Bertl, Fattinger & Partner“ fließen, davon 45.000 außerhalb des Budgets.

**KPÖ-Kontrollsprecher LABg. Werner Murgg:** „LR Edlinger-Ploder hat im Juni kryptisch von einer ‚Begleitung‘ durch diese Firma gesprochen und die Existenz eines Beratungsvertrages geleugnet. Im nun dem Landtag vorliegenden

Stück, das Bertl, Fattinger & Partner außerhalb des Budgets mehrere Verträge zuschanzt, ist aber ganz deutlich von ‚Beratungskosten‘ die Rede. Es ist einfach ungeheuerlich, dass ein Regierungsmitglied die Abgeordneten nach Belieben an der Nase herumführt.“

Im Jugendwohlfahrtsbereich, bei Bauprojekten in Bad Aussee, bei der Schließung von Hörgas-Enzenbach, bei den Landespflegezentren, bei den Grazer Reininghausgründen: Vertreter dieser Firma haben überall ihre Finger im Spiel, entweder als Berater oder als Investoren.

LABg. Werner Murgg: „Durch den schlechten Rat externer Beratungsfirmen sind dem Land riesige Summen ver-

loren gegangen. Deren Entscheidungen richtigen einen großen Schaden an und spielen privaten Betreibern in die Hände. Die Kosten für Beratungsfirmen

werden von LR Edlinger-Ploder und von der KAGES verheimlicht oder heruntergespielt. So wird das Gesundheitssystem ruiniert.“



Glaubwürdigkeit  
kann man  
wählen

Am 25. November  
**Elke Kahr. KPÖ**  
Liste 5

**Helfen statt Reden!**